

Correspondent.

Bezugspreis monatlich 85 Pf.; durch die Nachträger und die Post bezogen 1,20 Mk. durch den Postboten ins Haus 1,60 Mk. Einzelnummer 5 Pf.
Jedezeit wöchentlich 6 mal vormittags halb 8 Uhr, mit Ausnahme der Tage Laub und der Sonn- u. Feiertage; in den Anlagestellen am Tage vorher abends 8 Uhr.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
zseitiges illustriertes Sonntagsblatt mit 14 tägiger Modebeilage.
zseitige landwirtschaftliche u. Handelsbeilage mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die dritte Zeile ohne Herrn Baum 5 Pf. für jedes Verlangen pro Seite 30 Pf. Bei Wiederholungen Rabatt. Anzeigen werden von unserer Geschäftsstelle ohne fünftägigen Anmehrfachen eingegangsommen.
Nachdruck unserer Originalberichte nur mit Quellenangabe gestattet.
Für unerlangte Einlassungen wird keine Gewähr übernommen.

Nr. 212.

Dienstag den 11. September 1906.

33. Jahrg.

Staatliche Motorwagenlinien.

Mit der Erweiterung des Eisenbahnnetzes in Preußen geht die preussische Eisenbahnverwaltung überall da, wo die Rentabilitätsverhältnisse nicht hinreichend günstig erscheinen, recht vorichtig zu Werke. Der Süden könnte auch in dieser Beziehung für Preußen ein Vorbild sein. In Bayern hat man schon seit einiger Zeit auf Strecken, auf denen der Bau von Klein- oder Lokalbahnlinien unwirtschaftlich erscheint, staatliche Motorlinien eingerichtet und damit recht günstige Erfolge erzielt. Das bayerische Verkehrsministerium hat, wie es in einer kürzlich erschienenen Denkschrift über die Errichtung staatlicher Motorlinien ausdrücklich erklärt, geglaubt, den Bau dieser Motorlinien weder dem reinen Privatbetrieb noch dem Privatbetrieb mit Staatshilfe überlassen, sondern den Staatsbetrieb, und zwar unter beschränkter Ertragsgarantie, den Beteiligten empfehlen zu sollen. Um den Interessenten die Bestimmung der Anlagestellen nach Möglichkeit zu erleichtern, wird beantragt, „von einer unmittelbaren Heranziehung der Beteiligten zur Befreiung der Anlagestellen bei Errichtung der Linien abzusehen und lediglich eine subside Ansnahme durch Zuweisung der jährlich ungedeckt bleibenden Beträge für Abschreibung und Verzinsung der Anlagestellen in Aussicht zu nehmen.“ Die bayerische Regierung hat sich aber nicht mit dieser Anregung begnügt, sondern auch schon den Bau mehrerer Linien in Angriff genommen. Schreiben dieser Zeiten hat selbst in diesem Jahre Gelegenheit gehabt, auf zwei der bereits fertiggestellten Linien, Bad Hitz- u. Langgries und Sonthofen-Hindelang, sich von dem adelosen Funktionen dieser staatlichen Motorlinien persönlich zu überzeugen. Die Rentabilitätsverhältnisse der Linien sind durchaus gesunde. Auf der Linie Sonthofen-Hindelang sind im Jahre durchschnittlich 6982 Personen pro Betriebskilometer befördert worden, während nach dem Berichte über die Ergebnisse des Betriebes der Königlich Bayerischen Staatsbahnen für die Lokalbahnen in Durchschnitt nur 6248 Personen pro Betriebskilometer entfallen. Das heißt, daß auf der Motorwagenlinie Sonthofen-Hindelang etwa um 10,5 % mehr Personen pro Betriebskilometer fahren als auf den königlichen Bayerischen Lokalbahnen. Es wird dieses Ergebnis einerseits auf die große Anzahl vorgelegener Fabrike zurückgeführt, wodurch eine dem Lokalbahnverkehr gleichkommende Gesamtleistung erzielt wird, andererseits darauf, daß infolge möglichst weitgehender Anpassung der Fabrike an die Verkehrsbürnisse die Anstrengung der erhöhten Benutzung der einzelnen Fabrikegelegenheiten geboten wurde. Das bayerische Verkehrsministerium selbst äußert sich über die bisherigen Versuche sehr anerkennend:

„Es darf nach den dargelegten Versuchsergebnissen angesichts der besonders schwierigen Betriebsverhältnisse der gemähten Strecken der Nachweis der Durchführbarkeit von Motorwagenlinien als erbracht gelten, und läßt die Abwägung des bisherigen finanziellen Gesamtergebnisses und der für dessen Erhaltung bestimmten Faktoren für die zukünftig zu errichtenden Linien erhellen, daß es möglich sein wird, unter Verbehalten des für die Versuchslinien angenommenen Tarifs (von 5 Pf. pro Person und km) zufriedenstellende finanzielle Abchlüsse zu erzielen.“ Das bayerische Verkehrsministerium gelangt daher zu der Schlußfolgerung: „Die Motorwagenverbindungen erscheinen imlande, für Gegenden, deren Verkehr die Erbauung von Lokalbahnlinien nicht rechtfertigt, einen den Verkehrsverhältnissen entsprechenden Ersatz der Lokalbahnlinien zu bieten.“

Angeregt durch diese günstigen Erfolge, beabsichtigt man jetzt auch in Oesterreich, auf Strecken, für welche der Bau von Lokalbahnlinien aus sachlichen Gründen nicht in Frage kommen kann, staatliche Motorwagenlinien einzuführen. Wann wird Preußen diesem Beispiel folgen?

Zur Lage in Rußland.

Der russische Ministerrat hat sich am Freitag abends mit der Agrarfrage beschäftigt, deren Regelung ja nach dem am Donnerstag veröffentlichten Programm eine der vornehmsten Aufgaben der Regierung bilden soll. Wie die „Petersb. Telegr.-Agentur“ meldet, hat der Ministerrat am Freitag endgültig die Bestimmungen ausgearbeitet, die für den Verkauf von der Regierung gehörigen Ländereien an die Bauern zur Anwendung gelangen sollen. Weiteres darüber verrät die amtliche Meldung nicht. Interessant wäre es aber, wenn sich eine Meldung des „Kuff. Kur.“ bestätigte, wonach das in Rußland besonders große Vermögen der „toten Hand“ zur Durchführung der Agrarreform und der übrigen liberalen Programmpunkte Soltyzins herangezogen werden soll. Nach einer Verhandlung zwischen den Ministern Soltyzin, Kozlow und dem Oberprokurator des „heiligen Synods“ Jewolski wird jetzt von dem heiligen Synod die Frage erörtert, die den russischen Klöstern gehörigen Kapitalien, die nach vielen Hundertmillionen zählen, in geeigneter Weise auszunutzen, um so die Durchführung der in der Regierungsführung angekündigten Reformen zu unterstützen. Ein Teil dieser Kapitalien soll zur Hebung der Volksebildung und anderer Volksabsehrückungen verwendet werden. Wenn das gelang, aber wir fürchten, es gelingt nicht, dann wären mit einem Schlage reichliche Mittel vorhanden, um Reformen einzuführen, die wie die Landbesitzreform für Bauern und die Verbesserung der Volksebildung, viel Geld kosten. Die Geistlichkeit freilich wird sich dem Plan mit aller Kraft widersetzen, der ihr die angesammelten irdischen Schätze zugunsten des Gemeinwohls nehmen will. Die Revolutionäre haben bereits eine Gegenumgebung gegen Soltyzins Programm erlassen, deren Protestschuß freilich auf besonnene Kreise des Volkes noch weniger Eindruck machen dürfte als das Regierungsmanifest. Ferner sind die Terroristen auf einen wahrhaft raffinierten Plan verfallen, um der Regierung nach außen hin Schwierigkeiten zu machen, indem man sie in Konflikte mit anderen Staaten zu bringen sucht. Wie man der „Kön. Zig.“ aus Petersburg meldet, richtet sich die Wachsamkeit der Behörden neuerdings darauf, einen Plan der Revolutionäre zu vereiteln, der auf die Ermordung der fremden Konsulin in Rußland abgesehen soll. Bisher ist noch kein solcher Anschlag gelungen, aber verschiedene tödliche Angriffe auf konsularische Personen mahnen zur Vorsicht. Eigentümlich ist es, daß die Angreifer in diesen Fällen eine Verkleidung als russische Offiziere gemählt haben.

Eine Art reaktionärer Nebenregierung hat der sogenannte „Verband wahrhaft russischer Leute“ in Rußland kurzweg „Schwarzes Hundert“ genannt, etabliert. Dieser Verband kann sich momentan tatsächlich rühmen, daß es ihm trotz der allgemeinen Erbitterung in Rußland gegen die „Schwarze Hundert“ nicht nur der russischen Bevölkerung, sondern auch der russischen Regierung selbst gefährlich zu werden; auch hat er die umfangreichsten Programmvorbereitungen und zwar bereit getroffen, das es lediglich von den Führern des „Verbandes wahrhaft russischer Leute“ abhängt, ob in dem betreffenden Ort ein Pogrom veranstaltet werden soll oder nicht. Seitdem aber der russische Ministerpräsident und Minister des Innern Soltyzin mit seiner Politik die Oberhand an Jarenhofs gewonnen hat, sind auch mehrere Persönlichkeiten aus der reaktionären Hospartei der Leitung des „Verbandes wahrhaft russischer Leute“ beigetreten, und so ist aus dem „Schwarzen Hundert“, die nach vielen Hunderttausend zählen, jetzt eine starke und ungemein gut organisierte Armee formiert worden, die in jedem gegebenen Augenblicke mobilisierbar und kampfbereit ist. Daneben besitzt der „Verband wahrhaft russischer Leute“ kolossale Mittel und wird auch von solchen

Persönlichkeiten protegiert, die außerhalb der Macht der Regierungsorgane stehen. Aber auch die russische Verwaltungsbehörde läßt alle Protestkundgebungen der Bevölkerung und der Presse unberachtet und hat noch kürzlich der Exekutivbeamten Hilfe anbesohlen, nicht gegen den „Verband wahrhaft russischer Leute“ vorzugehen, da er, nun entsprechend organisiert, eine Macht darstelle und der russischen Regierung eine Stütze gegen die revolutionären Parteien sei. In dessen hat der Sieg der Politik Soltyzins den „Verband wahrhaft russischer Leute“ derart empört, daß sich nun seine Mitglieder in der frechen Weise gegen die russische Regierung selbst wenden und ihr unter Drohungen unerhöhte Forderungen stellen. Der unterverföhligen reaktionären Hospartei kommt aber ein so „energisches“ Vorgehen der „Schwarzen Hundert“ sehr gelegen, um dadurch erfolgreicher gegen Soltyzin zu wählen, sie ist auch von der Macht dieser wolgorgamifizierten „Schwarzen Hundert“ so fest überzeugt, daß sie ungeachtet der Ausschreitungen des Verbandes jetzt am Jarenhofs mehr denn je Propaganda dafür macht, die Revolution mit Hilfe der „wahrhaft russischen Leute“ zu unterdrücken. Denn die Organisation dieses „Verbandes der wahrhaft russischen Leute“, die bisher alle Stütze der russischen Regierung galt, erstreckt sich auch auf das freie Land, wo fast in jedem kleinen Ort Filialen errichtet sind, deren Leiter ihre Funktionen aus den nächsten Stadtkreisen erhalten, die ihrerseits direkt mit Petersburg beziehungswelse Verkehr in Verbindung stehen. Aber angesichts des wachsenden Nihilismus des „Verbandes wahrhaft russischer Leute“ dürfte die russische Regierung doch für nötig befinden, diesem gegenüber so schnell als möglich die Fägel etwas straffer anzuziehen, um rechtzeitig Unheil zu verhüten. Im übrigen sind uns aus dem Jarenhof noch folgende Nachrichten zugegangen:

Wladivostok, 8. Sept. Meldung der „Petersburger Telegr.-Agentur“. In der hiesigen Staatsbankfelle wurde ein für das 36. Regiment bestimmter Betrag von 107000 Rubeln von drei ansehend dem Regiment angehörigen Personen, einem Offizier und zwei Soldaten mit Gewehren in Empfang genommen, die, wie sich später herausstellte, Betrüger waren und sich die Regimentsuniform verhasht hatten.

Warschau, 6. Sept. Das Attentat auf General Jumentkow war ein Werk der revolutionären Organisation der holländischen Provinzen, welche den General wegen seiner Tätigkeit bei der dortigen empfindlichen Straferektion zum Tode verurteilt hatte. Der Gemissar wirkte in Warschau ohne Verhandlung mit den dortigen revolutionären Parteien, wie diese erklärt haben.

Tiflis, 7. Sept. Der Prokurator der armenischen Synode in Gschimadzin hat auf ein Telegramm des Kaiserlichen Statthalters hin den Raubdiebstahl erforscht, Maßnahmen zu treffen, damit der dort tagende Armenierkongress seine Zuständigkeit nicht überschreite. Der Kongress hat drei Abteilungen gebildet, nämlich für Schulwesen, für die Landfrage, für Verwaltung und Finanzwesen.

Politische Ubersicht.

Italien. Der 15. Weltfriedenskongress wird vom 15. bis 22. September in Mailand stattfinden. Die Stadt bereitet zu Ehren der Teilnehmer großartige festliche Veranstaltungen vor. Die Kongressmitglieder erhalten 40 bis 60 Proz. Rabatt auf die Fahrpreise der Eisenbahnen in ganz Italien. Zur Teilnahme ist jedes Mitglied einer Friedensgesellschaft berechtigt. — Die Abhaltung der österreichischen Flottenmanöver im Adriatischen Meer hat in Italien, trotz der Dreimonatsgemeinschaft, stark verschärft. Man wittert bei den österreichischen „Bundesgenossen“ aberhand schwarze Pläne, dahin gehend, daß einmal durch Manöver an Ort und Stelle erprobt werden sollte,

Verleger: H. S. ...
Correspondent Merseb. ...

Merseburger

Schriftleitung
und Geschäftsstelle
Poststraße 5.

Correspondent.

Bezugspreis ...
Wöchentlich 6 mal wöchentlich ...

Wöchentliche Gratisbeilagen:
3seitiges illustriertes Sonntagsblatt mit
14 tägiger Modebeilage.
4seitige landwirtschaftliche u. Handels-
beilage mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis ...
Für die erste Zeile ...

№ 212.

Dienstag den 11. September 1906.

33. Jahrg.

Staatliche Motorwagenlinien.

Mit der Erweiterung des Eisenbahnezes in Preußen geht die preussische Eisenbahnverwaltung überall da, wo die Rentabilitätsverhältnisse nicht von vornherein ziemlich gesichert erscheinen, recht vorichtig zu Werke. Der Süden könnte auch in dieser Beziehung für Preußen ein Vorbild sein. In Bayern hat man schon seit einiger Zeit auf Strecken, auf denen der Bau von Klein- oder Kolalbahnen unwirtschaftlich erscheint, staatliche Motorlinien eingerichtet und damit recht günstige Erfolge erzielt. Das bayerische Verkehrsministerium hat, wie es in einer kürzlich erschienenen Denkschrift über die Errichtung staatlicher Motorlinien ausdrücklich erklärt, geglaubt, den Bau dieser Motorlinien weder dem reinen Privatbetrieb noch dem Privatbetrieb mit Staatshilfe überlassen, sondern den Staatsbetrieb, und zwar unter beschränkter Ertragsgarantie, den Beteiligten empfehlen zu sollen. Um den Interessenten die Bestreitung der Anlagekosten nach Möglichkeit zu erleichtern, wird beantragt, „von einer unmittelbaren Heranziehung der Beteiligten zur Bestreitung der Anlagekosten bei Errichtung der Linien abzusehen und lediglich eine subsidiäre Anspruchnahme durch Zuweisung der jährlich ungedeckt bleibenden Beträge für Abschreibung und Verzinsung der Anlagekosten in Aussicht zu nehmen.“ Die bayerische Regierung hat sich aber nicht mit dieser Anregung begnügt, sondern auch schon den Bau mehrerer Linien in Angriff genommen. Schreiber dieser Zeilen hat selbst in diesem Jahre Gelegenheit gehabt, auf zwei der bereits fertiggestellten Linien, Habitz-Lenggring und Sonthofen-Hindelang, sich von dem tadellosen Funktionieren dieser staatlichen Motorlinien persönlich zu überzeugen. Die Rentabilitätsverhältnisse der Linien sind durchaus gesunde. Auf der Linie Sonthofen-Hindelang sind im Jahre durchschnittlich 6982 Personen pro Betriebskilometer befördert worden, während nach dem Berichte über die Ergebnisse des Betriebes der Königlich Bayerischen Staatsbahnen für die Kolalbahnen im Durchschnitt nur 6248 Personen pro Betriebskilometer entfallen. Das heißt, daß auf der Motorwagenlinie Sonthofen-Hindelang etwa um 10,5 % mehr Personen pro Betriebskilometer fahren als auf den königlichen Bayerischen Kolalbahnen. Es wird dieses Ergebnis einerseits auf die große Anzahl vorgesehener Fabriken zurückgeführt, wodurch eine dem Kolalbahnenverfehr gleichkommende Gesamtleistung erzielt wird, andererseits darauf, daß infolge möglichst weitgehender Anpassung der Fabrik an die Verkehrsverhältnisse die einzelnen Fahrgelagenheiten geboten wurde. Das Bayerische Verkehrsministerium selbst äußert sich über die bisherigen Versuche sehr anerkennend:

„Es darf nach den dargelegten Versuchsergebnissen angesichts der besonders schwierigen Betriebsverhältnisse der gewählten Strecken der Nachweis der Durchführbarkeit von Motorwagenlinien als erbracht gelten, und läßt die Abwägung des bisherigen finanziellen Gesamtergebnisses und der für dessen Gestaltung bestimmenden Faktoren für die zukünftig zu errichtenden Linien erhoffen, daß es möglich sein wird, unter Beibehaltung des für die Versuchslinien angenommenen Tarifs (von 5 Pfg. pro Person und km) zufriedenstellende finanzielle Umsätze zu erzielen.“ Das Bayerische Verkehrsministerium gelangt daher zu der Schlussfolgerung: „Die Motorwagenverbindungen erscheinen imhinde, für Gegenden, deren Verkehr die Erbauung von Kolalbahnen nicht rechtfertigt, einen den Verkehrsbedürfnissen entsprechenden Ersatz der Kolalbahnen zu bieten.“

Angeregt durch diese günstigen Erfolge, beabsichtigt man jetzt auch in Oesterreich, auf Strecken, für welche der Bau von Kolalbahnen aus sachlichen Gründen nicht in Frage kommen kann, staatliche Motorwagenlinien einzuführen. Wann wird Preußen diesem Beispiel folgen?

Zur Lage in Rußland.

Der russische Ministerrat hat sich am Freitag abends mit der Agrarfrage beschäftigt, deren Regelung ja nach dem am Donnerstag veröffentlichten Programm eine der vornehmsten Aufgaben der Regierung bilden soll. Wie die „Petersb. Telegram-Agentur“ meldet, hat der Ministerrat am Freitag endgültig die Bestimmungen ausgearbeitet, die für den Verkauf von der Regierung gehörigen Ländereien an die Bauern zur Anwendung gelangen sollen. Weiteres darüber verrät die amtliche Meldung nicht. Interessant wäre es aber, wenn sich eine Meldung des „Russ. Kur.“ bestätigte, wonach das in Rußland besonders große Vermögen der „toten Hand“ zur Durchführung der Agrarreform und der übrigen liberalen Programmpunkte Solowjow herangezogen werden soll. Nach einer Verhandlung zwischen den Ministern Solowjow, Kozlow und dem Oberprokurator des „Heiligen Synods“ Nowolosski wird jetzt von dem Heiligen Synod die Frage erörtert, die den russischen Klöstern gehörigen Kapitalien, die nach vielen Hundertmillionen zählen, in geeigneter Weise auszunutzen, um so die Durchführung der in der Regierungsfundgebung angekündigten Reformen zu unterstützen. Ein Teil dieser Kapitalien soll zur Hebung der Volksbildung und anderer Wohlfahrtsmaßnahmen verwendet werden. Wenn das gelänge, aber wir fürchten, es gelingt nicht, dann wären mit einem Schlage reichliche Mittel vorhanden, um Reformen einzuführen, die, wie die Landbesetzung für Bauern und die Verbesserung der Volksbildung, viel Geld kosten. Die Geistlichkeit freilich wird sich dem Plan mit aller Kraft widersetzen, der ihr die angesammelten irdischen Schätze zugunsten des Gemeinwohls nehmen will. Die Revolutionäre haben bereits eine Gegenfundgebung gegen Solowjows Programm erlassen, deren Absichtschluß freilich auf besonnene Kreise des Volkes noch weniger Eindruck machen dürfte als das Regierungsmantel. Ferner sind die Terroristen auf einen wahrhaft raffinierten Plan verfallen, um der Regierung nach außen hin Schwierigkeiten zu machen, indem man sie in Konflikte mit anderen Staaten zu bringen sucht. Wie man der „Köln. Zig.“ aus Petersburg meldet, richtet sich die Wachsamkeit der Behörden neuerdings darauf, einen Plan der Revolutionäre zu vereiteln, der auf die Ermordung der fremden Konsuln in Rußland ausgehen soll. Bisher ist noch kein solcher Anschlag gelungen, aber verschiedene tätliche Angriffe auf konsularische Personen mahnen zur Vorsicht. Eigentümlich ist es, daß die Angreifer in diesen Fällen eine Verkleidung als russische Offiziere gewählt haben.

Eine Art reaktionärer Nebenregierung hat der sogenannte „Verband wahrhaft russischer Leute“, in Rußland kurzweg Tschernoffstentz (Schwarzes Hundert) genannt, etabliert. Dieser Verband kann sich momentan tatsächlich rühmen, daß es ihm trotz der allgemeinen Erbitterung in Rußland gegen die Tschernoffstentz nunmehr dennoch gelungen ist, nicht nur der russischen Bevölkerung, sondern auch der russischen Regierung selbst gefährlich zu werden; auch hat er die umfangreichsten Pogromvorstellungen und zwar bereit getroffen, das es lediglich von den Führern des „Verbandes wahrhaft russischer Leute“ abhängt, ob in dem betreffenden Ort ein Pogrom veranstaltet werden soll oder nicht. Seitdem aber der russische Ministerpräsident und Minister des Innern Solowjow mit seiner Politik die Oberhand am Jarenhofe gewonnen hat, sind auch mehrere Persönlichkeiten aus der reaktionären Hofspartei der Leitung des „Verbandes wahrhaft russischer Leute“ beigetreten, und so ist aus den Tschernoffstentz, die nach vielen Hunderttausend zählen, jetzt eine starke und ungemein gut organisierte Armee formiert worden, die in jedem gegebenen Augenblick wohlbewaffnet und kampfbereit ist. Daneben besitzt der „Verband wahrhaft russischer Leute“ kolossale Mittel und wird auch von solchen

Persönlichkeiten protegirt, die außerhalb der Macht der Regierungsborgane stehen. Aber auch die russische Administrativbehörde läßt alle Protestbedingungen der Bevölkerung und der Presse unberücksichtigt und hat noch kürzlich den Creditbeamten schriftlich anbefohlen, nicht gegen den „Verband wahrhaft russischer Leute“ vorzugehen, da er, nun entsprechend organisiert, eine Macht darstelle und der russischen Regierung eine Stütze gegen die revolutionären Parteien sei. Indessen hat der Sieg der Politik Solowjows den „Verband wahrhaft russischer Leute“ derart empört, daß sich zum feine Mitglieder in der frechsten Weise gegen die russische Regierung selbst wenden und ihr unter Drohungen unerhörte Forderungen stellen. Der unverfälschten reaktionären Hofspartei kommt aber ein so „energischer“ Vorgehen der Tschernoffstentz sehr gelegen, um dadurch erfolgreicher gegen Solowjow zu wirken, sie ist auch von der Macht dieser wohlorganisierten Tschernoffstentz so fest überzeugt, daß sie ungeduldet der Auesföhrungen des Verbandes jetzt an-



...macht, die sich gegen die russische Regierung selbst wenden und ihr unter Drohungen unerhörte Forderungen stellen. Der unverfälschten reaktionären Hofspartei kommt aber ein so „energischer“ Vorgehen der Tschernoffstentz sehr gelegen, um dadurch erfolgreicher gegen Solowjow zu wirken, sie ist auch von der Macht dieser wohlorganisierten Tschernoffstentz so fest überzeugt, daß sie ungeduldet der Auesföhrungen des Verbandes jetzt an-

...macht, die sich gegen die russische Regierung selbst wenden und ihr unter Drohungen unerhörte Forderungen stellen. Der unverfälschten reaktionären Hofspartei kommt aber ein so „energischer“ Vorgehen der Tschernoffstentz sehr gelegen, um dadurch erfolgreicher gegen Solowjow zu wirken, sie ist auch von der Macht dieser wohlorganisierten Tschernoffstentz so fest überzeugt, daß sie ungeduldet der Auesföhrungen des Verbandes jetzt an-

Politische Uebersicht.

Italien. Der 15. Weltfriedenskongress wird vom 15. bis 22. September in Mailand stattfinden. Die Stadt bereitet zu Ehren der Teilnehmer großartige festliche Veranstaltungen vor. Die Kongressmitglieder erhalten 40 bis 60 Proz. Rabatt auf die Fahrpreise der Eisenbahnen in ganz Italien. Zur Teilnahme ist jedes Mitglied einer Friedensgesellschaft berechtigt. Die Abhaltung der österreichischen Flottenmanöver im Adriatischen Meer hat in Italien, trotz der Dreiländergemeinschaft, stark verschumpft. Man wittert bei dem österreichischen „Bundesgenossen“ alterhand schwarze Pläne, dahin gehend, daß einmal durch Manöver an Ort und Stelle erprobt werden sollte,

